



LAND UNTERSTÜTZT AZUBI- UNTERBRINGUNG BEI BLOCKUNTERRICHT MIT 1,5 MILLIONEN EURO

Veröffentlicht am 15.12.2020 um 10:00 Uhr

So weit hätte es gar nicht kommen dürfen: Für die Unterbringung im Internat der Berufsschule auf dem Priwall mussten die Bootsbauer-Lehrlinge mehr Geld aufbringen, als sie verdienen. Viele mussten deswegen in Zelten und im Auto schlafen. Jetzt hat die Landesregierung reagiert:

Nach Einführung von Semester- und Job-Tickets können sich angehende Fachkräfte in Schleswig-Holstein über eine weitere Entlastung freuen: Zur auswärtigen Unterbringung von Auszubildenden während des Blockunterrichts an Berufsschulen stellt das Land im kommenden Jahr 1,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. "Auch die berufliche Ausbildung ist von der aktuellen Krise betroffen. Neben dem bereits



/ Foto: zzarri69/Pixabay

aufgelegten Sonderprogramm für Unternehmen, die Auszubildende aus insolventen Betrieben übernehmen, schaffen wir damit ein weiteres Unterstützungsangebot", sagte Arbeits-Staatssekretär Dr. Thilo Rohlfs heute (14. Dezember) nach einem Gespräch mit der SPD-Landesvorsitzenden Serpil Midyatli, dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Lübeck, Andreas Katschke, und Martin Schulz von der IG Metall Lübeck-Wismar.

Die Mittel sind Teil eines Finanzpaketes, das der Schleswig-Holsteinische Landtag Ende September zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise zur Verfügung gestellt hatte. Eine entsprechende Förderrichtlinie wird laut Rohlfs derzeit erarbeitet. Sie soll schnellstmöglich Anfang 2021 in Kraft treten. Darin werden die konkreten Fördervoraussetzungen und das Antragsverfahren beschrieben.

Zu der angekündigten Hilfe erklärte die Landtagsabgeordnete und SPD-Landesvorsitzende Serpil Midyatli: "Die Situation vieler Auszubildenden im Blockunterricht ist extrem schwierig. Einige müssen in Zelten oder Autos übernachten. Ich freue mich, dass wir in gemeinsamen Gesprächen eine gute Lösung gefunden haben. So sollte Politik sein: Statt die üblichen Spiele zwischen Regierung und Opposition zu spielen, verbessern wir gemeinsam die Situation der Auszubildenden."

Laut Rohlfs müssen pro Jahr etwa 10.000 Auszubildende für den Besuch von Blockunterricht an Berufsschulen auswärtig übernachten – etwa auf dem Priwall in Lübeck. "Trotz vergünstigter Angebote in Wohnheimen oder Internaten wird es finanziell für viele eng", so Rohlfs. Denn die Auszubildenden müssen die Kosten über ihre Ausbildungsvergütung begleichen. Allerdings, so Rohlfs weiter, leisteten bereits jetzt viele Betriebe auf freiwilliger Basis einen Kostenbeitrag, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein und ihren künftigen Fachkräftebedarf zu sichern. Auszubildende könnten zudem im Einzelfall einkommensabhängig auch Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) für ihren Lebensunterhalt bei der Bundesagentur für Arbeit

beantragen. Im Zusammenhang mit dem Besuch der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) anfallenden Kosten werden den Auszubildenden von ihren Lehrbetrieben erstattet.

Andreas Katschke, der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Lübeck freut sich über die finanzielle Unterstützung: "Damit erfüllt das Land eine berechnigte Forderung. Wir sind froh über das konstruktive Vorgehen des Landes und sind sicher, dass sich dadurch die Situation vieler Schülerinnen und Schüler während der Ausbildung verbessern lässt."

Auch aus Sicht der Gewerkschaften des DGB, so Martin Schulz von der IG Metall, sei diese Finanzierung "ein Riesenschritt in die Richtung, dass Schleswig-Holstein als Standort für Ausbildungen attraktiv bleibt und wir den anderen Bundesländern nicht nachstehen. Auch die geplanten Folgetermine für 2021 lassen den großen Willen erkennen, dass wir ab 2022 eine weitere Lösung finden werden."

Laut Staatssekretär Rohlf habe die Runde sich darauf verständigt, Mitte 2021 eine erste Zwischenbilanz zur Inanspruchnahme des neuen Förderangebotes zu ziehen.